

Kapitel 2

Fertilitätsentwicklung in ausgewählten Industrieländern

2.1 Einführung

Bei der Auslotung von Modalitäten und Spielräumen bevölkerungswirksamer Politikmaßnahmen empfiehlt sich auch ein Blick über die Grenzen. Die kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten der meisten europäischen Länder sind einerseits ausreichend hoch, um aus ihren Erfahrungen lernen zu können. Die gesellschaftlichen Entwicklungen hinsichtlich der gelebten Gleichstellung der Geschlechter, der Bildungs- und Erwerbsorientierung der Frauen, aber insbesondere in Bezug auf den Sozialisierungsgrad der Kindererziehung sind andererseits so vielfältig, dass sie helfen können, sich ein eigenes Bild von der Gesellschaft zu machen, in der man in den nächsten Jahrzehnten leben möchte.

In diesem Kap. 2 untersuchen wir die Fertilitätsentwicklung in sechs Ländern: Frankreich, Großbritannien, Italien, Norwegen, der Tschechische Republik und Deutschland. Dabei beschränken wir uns nicht auf die Analyse der Geburtenziffer und die Zusammenfassung familienpolitischer Maßnahmen (die im Übrigen eine so hohe Dynamik aufweisen, dass keine Studie wirklich je aktuell sein kann), sondern betten die Betrachtung breiter ein. So schauen wir parallel auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen und nehmen Bezug auf die gesamte Bevölkerungsentwicklung eines Landes, um auf Konsequenzen unterschiedlicher Fertilität in der mittleren Frist hinzuweisen.

Die Auswahl der Länder ist nach dem Gesichtspunkt erfolgt, für jeden Typ von Wohlfahrtsstaat ein Beispiel zu haben. Dabei berücksichtigen wir zwei Klassifikationen von Wohlfahrtsstaaten: eine, die auf Esping-Andersen (1990) aufbaut, und jene von Gauthier (1996). Erstere unterscheidet vier Typen wohlfahrtsstaatlicher Regimes, letztere vier familienpolitische Modelle, wobei es gewisse Überlappungen gibt. Frankreich wird als konservativer Wohlfahrtsstaat gesehen, mit einer profamilialen und pronatalistischen Politik. Großbritannien gehört zur Gruppe der liberalen Wohlfahrtsstaaten, mit einer profamilialen aber nicht interventionistischen Einstellung. Südeuropäische Wohlfahrtsstaaten (z. B. Italien) werden als eine separate Gruppe behandelt; sie zeichnen sich durch hohe Wertschätzung der Familie aus, sehen Kinderbetreuung und soziale Absicherung aber als Sache des Familienverbandes an. Norwegen ist ein universalistischer Wohlfahrtsstaat, mit einer nach

Gauthier proegalitären Einstellung, deren Hauptziel die größere Gleichstellung von Mann und Frau ist. Regierungen übernehmen die volle Unterstützung der Familie, besonders bei arbeitenden Eltern. Tschechien gehört der von Andreß und Heien (2001) in Anlehnung an die Klassifikation von Esping-Andersen als osteuropäische Wohlfahrtsstaaten bezeichneten Gruppe an. Die Unterschiede in den beiden Klassifikationen kommen besonders bei der Einordnung Deutschlands und Frankreichs zum Tragen. Bei der auf Esping-Andersen basierenden gehören sie beide der Gruppe konservativer Wohlfahrtsstaaten an, bei Gauthier wird Frankreich als profamilial und pronatalistisch, Deutschland als protraditionalistisch gesehen.

Im Folgenden fassen wir die verwendeten Fertilitätsmaße und anschließend die Erkenntnisse aus der Untersuchung der sechs Ländern zusammen; zunächst einzeln und dann vergleichend. Kapitel 5 des Buches enthält die standardisierten Länderprofile für diese sechs Länder, in welchen die hier betrachteten Zusammenhänge ergänzt und mit zahlreichen Grafiken veranschaulicht werden.

Fertilitätsmaße Die *zusammengefasste Geburtenziffer* (Total Fertility Rate; TFR) gibt die durchschnittliche Zahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern des Berichtsjahres für die gesamte fertile Phase der Frau gelten würden. Sie ist damit eine hypothetische Zahl, mit einem erheblichem Nachteil: durch systematische Verschiebungen der Alter der Mütter zum Geburtszeitpunkt und der Geburtsabstände wird die TFR verzerrt, d. h. sie schätzt die endgültige durchschnittliche Kinderzahl als zu hoch oder zu niedrig ein.

Die *tempostandardisierte TFR* versucht den Nachteil der TFR zu beheben, in dem sie Verschiebungen im Gebäralter der Mütter berücksichtigt. Liegt die tempostandardisierte TFR über der zusammengesetzten Geburtenziffer, ist dies ein starkes Indiz für eine Verzerrung der TFR nach unten.

Die *Kohortenfertilität* (CFR) bezeichnet die abgeschlossene Kinderzahl unterschiedlicher Jahrgänge. Dabei wird der Jahrgang angegeben, dessen abgeschlossene Fertilität betrachtet wird, also z. B. „CFR des Geburtsjahrgangs 1965“. Der Nachteil der CFR ist, dass sie nur im Nachhinein für Geburtsjahrgänge angegeben werden kann, die ihre Fertilitätsphase schon abgeschlossen haben.

Bei der *verschobenen Kohortenfertilität* wird ein Vergleich mit der TFR eines bestimmten Jahres angestrebt. Hierzu wird die zusammengefasste Geburtenziffer des Jahres x mit derjenigen CFR verglichen, die sich unter Subtraktion des durchschnittlichen Alters der Mütter bei Geburt eines Kindes im Jahre x von diesem Jahr ergibt. Wird beispielsweise ein Vergleich der TFR aus dem Jahr 1993 in Deutschland mit der verschobenen Kohortenfertilität angestrebt, wird die abgeschlossene Kinderzahl des Geburtsjahrgangs 1965 herangezogen, da 1993 das Alter der Mütter bei Geburt eines Kindes 28 Jahre betrug. Liegt die verschobene Kohortenfertilität über der TFR, ist dies ein starkes Indiz für eine Verzerrung der TFR nach unten.

2.2 Vergleichende Länderstudie

2.2.1 Frankreich

Frankreich hat eine lange Tradition der Bevölkerungspolitik, die eindeutig pronatalistische Züge aufweist. In neuerer Zeit sieht die Politik ihre Aufgabe aber zunehmend in der Unterstützung der Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt und der Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern (Letablier 2003). Zu letzterer gehört auch, dass in Frankreich konsequenter als in allen anderen von uns untersuchten Ländern das Ziel der selbstbestimmten Fruchtbarkeit der Frau verfolgt wird.

Die zusammengefasste Geburtenziffer (Total Fertility Rate, TFR) ist nach einigen Schwankungen auf das zuletzt Mitte der 1970er Jahre erreichte Bestandhaltungsniveau zurückgekehrt. Die verschobene Kohortenfertilität (Cohort Fertility Rate, CFR) lag generell darüber, konvergierte aber in den letzten Jahren gegen das Niveau der TFR. Die tempostandardisierte TFR lag zuletzt über der zusammengefassten Geburtenziffer. Die regionalen Unterschiede in den Fertilitätsraten sind vergleichsweise gering, sie betrugen 2005 maximal 0,42 Kinder je Frau (was auch eine Folge der zentralistischen Politik in Frankreich sein dürfte). Ausländerinnen hatten im Jahr 2004 mit 3,3 Kindern je Frau eine weit höhere Fruchtbarkeit als Französinnen. 2006 wurden 12 % der Kinder von einer ausländischen Mutter geboren. Die im Eurobarometer 2006¹ ermittelte, persönlich als ideal empfundene Kinderzahl liegt in Frankreich noch weit über den Geburtenziffern; bei Frauen, je nach Alter, zwischen 2,47 und 2,67 und bei Männern etwas darunter (Testa 2006). Bemerkenswert ist dabei, dass jüngere Kohorten eine höhere ideale Kinderzahl angaben als ältere.

Interessant ist die hohe Stabilität in den Paritäten. Seit der 1945er Kohorte liegt der Anteil der Mütter mit zwei Kindern bei rund 40 %, jener der Mütter mit einem oder drei Kindern bei rund 20 % und jener der Mütter mit keinem oder vier und mehr Kindern bei rund 10 % (Toulemon 2001). Von den leichten Verschiebungen, die seither noch stattfanden, ist der Anstieg der Anzahl von Müttern mit drei Kindern hervorzuheben, weil dieser eindeutig auf die Politik zurückzuführen ist, eine Reihe von Vergünstigungen für die Familie erst ab dem dritten Kind zu gewähren. Wie gut diese Politik angenommen wurde, ist unter anderem darin zu sehen, dass der entsprechende „famille nombreuse“ Berechtigungsausweis nicht etwa als „Karnickelpass“² für sozial Schwache herabgesetzt, sondern auch von wohlhabenden Familien gerne gezeigt wird.

¹ Der Eurobarometer ist eine regelmäßig stattfindende Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission zur Evaluierung der öffentlichen Meinung in den EU-Staaten, deren Beitrittsländern und Beitrittskandidaten. Im Rahmen des Eurobarometer wurde im Jahr 2006 der Kinderwunsch von über 15-jährigen Männern und Frauen erfragt. Die Zahl der Befragten liegt bei ungefähr 1.000 Personen pro Land.

² Als „Karnickelpass“ wurde in Deutschland der Berechtigungsausweis für Ermäßigungen bei der Bundesbahn bezeichnet. Mit dem Ausweis erhielten auch Kinder über 12 Jahre eine 50 %ige Ermäßigung, wenn sie aus Familien mit drei oder mehr Kindern stammten.

Frankreich weist nach Norwegen die zweithöchste Arbeitsbeteiligung von Müttern auf. Bemerkenswert ist dabei, dass sich die Beschäftigungsquote von Kinderlosen und von Müttern von einem oder zwei Kindern nur geringfügig unterscheiden; sie liegt zwischen 71 % und 77 %. Erst ab drei Kindern fällt sie auf 50 % (UN-ECE 2009). Offenbar gibt es selbst bei den besten Kinderbetreuungsmöglichkeiten Grenzen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darauf deuten auch die Fertilitätsunterschiede nach dem Ausbildungsgrad der Mütter hin. Frauen mit mittlerer und hoher Ausbildung, die vermutlich mehr Verantwortung tragen und eine höhere Flexibilität im Berufsleben aufweisen müssen, haben eine deutlich niedrigere Geburtenrate als Frauen mit geringer Qualifikation. Ferner weisen hochausgebildete Frauen die höchste Kinderlosigkeit auf, die zudem ab der 1957–1961er Kohorte steigend verläuft (Köppen et al. 2007).

Die staatlichen Leistungen für Eltern und Kinder sind in Frankreich sehr vielfältig. Sie umfassen steuerliche Erleichterungen, sowie Geld- und Dienstleistungen; alles zusammen machte 2005 3,8 % des BIP³ aus (OECD 2009a). Neben 16 Wochen Mutterschutz bei 100 % Lohnfortzahlung sind 14 Tage Vaterschaftsurlaub möglich. Für einen Vergleich mit Deutschland sind drei Aspekte der staatlichen Leistungen für Familien besonders hervorzuheben. Erstens, die Unterstützung wird nur tatsächlichen, nicht potenziellen Eltern erteilt: Es gibt kein Ehegatten- sondern ein Familiensplitting. Letzteres bietet allerdings einen geringeren Anreiz für die Erwerbsbeteiligung von Müttern als die (z. B. in Norwegen praktizierte) Individualbesteuerung. Zweitens, die Hilfen konzentrierten sich die längste Zeit auf kinderreiche Familien; sobald einige Vergünstigungen auch schon mit zwei Kindern erzielbar waren, sank die Übergangsrate vom zweiten zum dritten Kind, während jene vom ersten zum zweiten Kind anstieg (Breton und Prioux 2005). Drittens, die Elternzeit beläuft sich in der Regel auf ein Jahr, kann höchstens zwei Mal, bis zum dritten Geburtstag eines Kindes verlängert werden und wird nicht grundsätzlich vergütet.

Insgesamt ist die verfolgte Bevölkerungspolitik als sehr erfolgreich zu bezeichnen. Die Bevölkerungszahl stieg zwischen 1970 und 2007 um insgesamt 22 %, wodurch Frankreich nun die nach Deutschland zweitgrößte Bevölkerung in Europa aufweist (1970 lag sie noch hinter Großbritannien). Die Erwerbsbevölkerung (im Alter 15–64) stieg sogar um 27,5 %, so dass Frankreich lange Zeit eine (Erste) Demografische Dividende erzielte. Für die Zukunft ist der für Frankreich prognostizierte Unterstützungskoeffizient allerdings steigend und mit 68 % im Jahr 2030 der höchste unter den fünf untersuchten Ländern und nahezu gleich dem für Deutschland erwarteten (67 %). Eine Herausforderung für den französischen Staat dürfte in Zukunft sein, dem steigenden Trend der Kinderlosigkeit unter hoch ausgebildeten Frauen entgegenzuwirken.

Für die Bevölkerungspolitik in Deutschland sind aus dem Beispiel Frankreichs mehrere Schlüsse zu ziehen. Erstens ist offensichtlich, dass die Verfolgung der einen Zielvariable (Bevölkerungsgröße oder Wachstumsrate der Bevölkerung; Geburtenrate) keineswegs auch das Erreichen eines gesellschaftlich vorteilhaften Wertes ande-

³ Der Anteil der Familienausgaben am BIP ist kein Maß für die (staatlichen) Investitionen in Kinder, sondern ein Indikator für staatliche Umverteilung an Familien.

rer Zielvariablen (Unterstützungskoeffizient) sichert. Es ist daher wichtig, sich über die Zielvariable der Bevölkerungspolitik Klarheit zu verschaffen. Zweitens wird deutlich, dass weit höhere Geburtenzahlen für alle Bildungsgruppen bei gleichzeitig weit höherer Erwerbsbeteiligung von Müttern als in Deutschland möglich sind. Drittens scheint es jedoch für die Vereinbarkeit von Elternschaft und hochqualifizierter Berufstätigkeit selbst mit den adäquaten Kinderbetreuungsmöglichkeiten noch nicht getan. Möglicherweise sind auch Anpassungen in der Organisation von Arbeitsprozessen, d. h. weitere Maßnahmen auf Unternehmensseite von Nöten. Viertens ist schließlich interessant, dass staatliche Leistungen, die erst ab dem zweiten oder dritten Kind greifen, die Übergangsrate zum zweiten respektive dritten Kind erhöhen.

2.2.2 Großbritannien

Großbritannien blickt nicht auf eine lange Tradition der Familienpolitik zurück; ein eigenständiges Ministerium für Kinder, Schule und Familie wurde beispielsweise erst 2007 gegründet. Die Einstellung des liberalen Wohlfahrtsstaates gegenüber Familien ist positiv und unterstützend, vermeidet aber möglichst Eingriffe in das familien- und sozialpolitische Geschehen (Steidle 2007). Die öffentliche Meinung und die Gesetzeslage zur selbstbestimmten Fruchtbarkeit der Frauen ist weit weniger liberal als in Frankreich, erfährt aber auch Veränderungen (WVS 2009a, b).

Die Fertilitätsentwicklung verlief in Großbritannien in den letzten Jahren auf einem für Europa hohem Niveau. Die TFR lag im Jahr 2008 bei 1,96 Kindern je Frau und damit auf dem Niveau der abgeschlossenen Fertilität der 1960er Kohorte; die tempostandardisierte TFR lag mit 1,98 Kindern in der Periode 2003–2005 zuletzt leicht darüber. Anders als in Frankreich gibt es in Großbritannien sehr große regionale Unterschiede in der TFR, was darauf hindeutet, dass diese wesentlich durch andere Faktoren als die staatliche Unterstützung bestimmt wird, etwa durch Religion und regionale Wirtschaftsentwicklung. Im Jahr 2006 reichten die regionalen Fertilitätsunterschiede bis zu 1,5 Kinder je Frau. Die Fertilität von Müttern mit Migrationshintergrund ist hoch (2,5 Kinder je Frau) und trug 2006 mit 21 % zu den Geburten bei (Dunnell 2007). Eine stabil hohe Geburtenziffer ist insbesondere unter niedrig ausgebildeten und jungen Frauen (unter 30 Jahren) zu beobachten; die Fertilität Jugendlicher weist die höchsten Werte in Westeuropa auf (BMJ 2007). Die persönlich gewünschte Kinderzahl lag nach dem Eurobarometer 2006 für Frauen im Durchschnitt bei 2,52 Kindern je Frau (Testa 2006), also ähnlich weit von der TFR und der Kohortenfertilität entfernt, wie in Frankreich.

Auch in Großbritannien ist die Stabilität in den Paritäten recht hoch. Mit 11 %, 20 % und 40 % ist der Anteil der Mütter mit vier und mehr, mit drei, und mit zwei Kindern ähnlich hoch wie in Frankreich und seit der 1945er Kohorte nur leicht gesunken. Entsprechend sind die Anteile der Mütter mit nur einem oder keinem Kind leicht gesunken; ersterer liegt mit 12 % weit unter dem französischen Wert und letzterer mit 15–17 % weit darüber. Ähnlich wie in Frankreich ist die Geburtenrate um so niedriger, je höher das Ausbildungsniveau der Frauen ist, wobei sich

der Unterschied in Großbritannien im Zeitablauf zu rund 0,6 Kindern je Frau ausweitete und in Frankreich auf 0,6 reduzierte. Diese gegenläufige Bewegung wurde dadurch verursacht, dass in Großbritannien die endgültige Kinderzahl der Frauen mit niedriger und mittlerer Ausbildung stieg, während die der hoch ausgebildeten sank. In Frankreich dagegen sank die Fertilität für alle Frauen, allerdings weniger stark für die hoch ausgebildeten. Darüber hinaus unterscheidet sich die endgültige Kinderzahl der Frauen mit hoher Qualifikation: Während die Jahrgänge 1950–1959 in Frankreich eine Fertilitätsrate von 1,81–1,85 aufwiesen (Toulemon et al. 2008), lag diese in Großbritannien für die 1950–1960er Kohorten zwischen 1,38 und 1,51 Kindern je Frau (Ratcliff und Smith 2006).

Die Erwerbsorientierung der Frauen ist in Großbritannien im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte höher als in Frankreich, bei Betrachtung nach Kinderzahl jedoch nur bei den kinderlosen Frauen höher. Die Beschäftigungsquote von Müttern ist leicht niedriger als in Frankreich, Frauen mit drei und mehr Kindern sind zu 47 % berufstätig (UNECE 2009). Die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung verbesserte sich in den letzten Jahren etwas, ist jedoch in Ermangelung passender staatlicher Betreuungsangebote immer noch schwierig.

Die staatlichen Leistungen für Familien sind auch in Großbritannien gemessen am BIP hoch (3,6 % im Jahr 2005). Rund 2 Prozentpunkte werden dabei in Form von Geldleistungen erbracht (OECD 2009a). Dennoch ist die Kinderarmut im europäischen Vergleich, neben Italien, am höchsten, auch wenn in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist. Mutterschutz für alle Frauen und, unter bestimmten Bedingungen, eine (derzeit noch unbezahlte) Elternzeit von maximal 4 Wochen im Jahr bis zum fünften Geburtstag eines Kindes wurden erst in den 1990er Jahren in Umsetzung europäischer Richtlinien eingeführt; für Väter sind höchstens zwei Wochen vorgesehen.

Die Bevölkerungszahl stieg in Großbritannien im Zeitraum 1970–2008 um insgesamt 10 %, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter 15–64 wuchs von 1970 bis 2007 um 15 % (Eurostat). Das Land erzielte demnach eine hohe Erste Demografische Dividende, die es in Zukunft allerdings nicht mehr erwarten kann. Der vorausberechnete gesamte Unterstützungskoeffizient wird steigen, liegt aber für 2030 bei nur 63 %, das ist unter den sechs betrachteten Ländern der zweittiefste Wert nach Norwegen.

Der britische Weg in der Bevölkerungs- oder Familienpolitik legt nahe, dass Geldzuwendungen alleine möglicherweise die Fertilität in bestimmten Alters- und Bildungsgruppen auf hohem Niveau stabilisieren können, Frauen mit hoher Bildung hingegen ohne adäquate Betreuungsangebote nur geringe Geburtenziffern aufweisen.

2.2.3 Italien

Italien weist konservativ-familialistische Züge in seiner Wohlfahrtspolitik und in der Einstellung zur Familie auf. Das Modell ist auf die Erhaltung von Statusunter-

schieden und der traditionellen Familie hin ausgelegt, wobei zu letzterem auch die Kirche ihren Beitrag leistet. Es gibt kein Familienministerium (mehr) und auch wenig explizite Familienpolitik. Familie ist Sache der Familie.

Die Fertilität war in Italien zeitweise so gering, dass Wissenschaftler dafür den Begriff „lowest-low fertility“ erfanden (Billari 2006). Ihren Tiefpunkt erreichte die TFR mit 1,19 Kindern je Frau in 1995, seither ist sie wieder gestiegen, 2008 auf 1,41. Die tempostandardisierte TFR und die verschobene Kohortenfertilität lagen von Ende der 70er bis Anfang der 90er nahe beisammen und über der TFR, sie zeigten aber den selben Trend wie diese. Die tempostandardisierte TFR der Jahre 2003–2005 war nur leicht höher als die TFR bei 1,48 (VID 2008) und damit immer noch weit unter Bestanderhaltungsniveau. Die regionalen Unterschiede lagen etwas über jenen in Frankreich, 2008 betrugen sie 0,48 Kinder je Frau, dabei ist ein gewisses Nord-Süd-Gefälle zu erkennen (im Norden ist die TFR höher). Wie in allen untersuchten Ländern außer in Tschechien ist die Fertilität auch in Italien vom Ausbildungsniveau abhängig. So wiesen in den Geburtskohorten 1951–1955 die Frauen mit der niedrigsten Qualifikation eine auf dem Bestanderhaltungsniveau liegende Fertilität von 2,1 Kindern je Frau auf, während Frauen der mittleren und der höchsten Ausbildungsgruppe im Durchschnitt nur 1,7 Kinder geboren hatten (UNECE 2000). Überraschenderweise liegt der im Eurobarometer 2006 erfragte persönliche ideale Kinderwunsch im Durchschnitt weit über den tatsächlichen Entwicklungen, und mit 2,05 bei den Männern bzw. 2,13 bei den Frauen auch nahe am Bestanderhaltungsniveau, wenngleich mit leicht sinkender Tendenz (Testa 2006). Der im Population Policy Acceptance Survey (PPAS)⁴ offenbarte Kinderwunsch ist im Durchschnitt etwas geringer (bei 1,9 Kindern sowohl für Männer als auch für Frauen), aber immer noch über den letzten Werten für die verschobene CFR und die tempostandardisierte TFR (BIB 2005).

Die Kinderzahl nach Paritäten ist weniger stabil als in den anderen untersuchten Ländern. So sank der Anteil der Mütter mit vier und mehr Kindern drastisch; seit der 1945er Kohorte um genau die Hälfte auf 5 %. Der Anteil der Mütter mit drei Kindern sank hingegen nur leicht, ist mit 16 % aber viel niedriger als in Frankreich, Großbritannien und Norwegen. Die Anteile der Frauen mit einem oder zwei Kindern sind hingegen gestiegen, erstere schwächer, letztere stärker. Mit 24 % lag der Anteil der Mütter mit nur einem Kind in Italien zuletzt so hoch, wie nur in Deutschland noch – und z. B. doppelt so hoch wie in Großbritannien. Der Anteil der Kinderlosen liegt hingegen recht stabil bei 12 %, und damit ähnlich hoch wie in Frankreich, Großbritannien und Norwegen – und niedriger als in Deutschland (Frejka und Sardon 2004).

Vergleicht man die aus dem PPAS für die Kohorten 1958–1983 ermittelte, gewünschte Familiengröße mit der endgültigen Kinderzahl der Kohorte 1955, dann

⁴ Der PPAS „ist ein international vergleichendes Forschungsprojekt, in dem die Einstellungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel und zu bevölkerungsrelevanten Politiken erforscht werden“ (BIB 2005). Von den hier betrachteten Ländern nahmen Italien, Tschechien und Deutschland teil. In allen 14 teilnehmenden Ländern wurden von 2000 bis 2003 insgesamt 34.000 Personen im Alter 18–75 Jahre befragt. Fragen zum Kinderwunsch wurden nur Frauen bis 49 Jahre gestellt.

ergibt sich folgendes Bild: Nur 7 % der Frauen (und 9 % der Männer) gaben im PPAS Kinderlosigkeit als ihren Wunsch an; das ist einer geringerer Prozentsatz als jener, der von der Kohorte 1955 tatsächlich kinderlos geblieben war.⁵ Mit 18 % wünschten sich Frauen seltener genau ein Kind, als es in der 1955er Kohorte tatsächlich Mütter mit einem Kind gibt. Mit 53 % wünschten sie sich dafür öfter zwei Kinder, als Frauen in der 1955er Kohorte tatsächlich zwei Geburten realisierten. Für drei und mehr Kinder stimmen Wunsch (21 %) und Realität hingegen gut überein. Der Wunsch von Männern nach zwei Kindern ist mit einem Anteil von 57 % dabei stärker ausgeprägt als bei Frauen, der Wunsch nach einem bzw. drei oder mehr Kindern mit Anteilen von 17 % hingegen etwas weniger (BIB 2005). Insgesamt fällt vor allem auf, dass Kinderlosigkeit und die Ein-Kind-Familie häufiger, und die Zwei-Kind-Familie seltener als von Männern und Frauen gewünscht realisiert wurden.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen beträgt mit 47 % weit weniger als der OECD Durchschnitt von 58 % im Jahr 2007 (OECD 2009b), dabei sind die Unterschiede nach Kinderzahl sehr hoch. So gingen Frauen der Geburtskohorten 1941–1959 im Norden zu 20 % und im Süden zu 50 % nie einer bezahlten Beschäftigung nach (Kertzer et al. 2009), und selbst kinderlose Frauen weisen im italienischen Durchschnitt nur eine Erwerbsquote von 66 % auf (UNECE 2009). Interessant ist, dass Emilia-Romagna, das die besten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 0–6 Jahren bietet, auch die höchste Arbeitsbeteiligung von Frauen *und* die dritthöchste Fertilität unter den Regionen Italiens aufweist (Del Boca et al. 2004).

Das Ausmaß an staatlicher Unterstützung für Familien ist gering (unter 1,5 % des BIP im Jahr 2005); die Leistungen verteilen sich vor allem auf Geld- und Dienstleistungen; Steuererleichterungen spielen nur eine untergeordnete Rolle (OECD 2009a). Neben dem Mutterschutz von fünf Monaten gibt es bis zu 11 Monate Elternzeit, die bis zum 8. Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommen werden kann; Männer können davon 7 Monate beantragen (Schröder 2005). Diese Regelung bringt Eltern große Erleichterungen, für Unternehmen aber große Planungsunsicherheit.

Die Bevölkerung nahm in Italien zwischen 1970 und 2007 um 10 % zu; seit 1993 ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung jedoch (mit Ausnahme zweier Jahre) negativ; Immigration spielt eine zunehmende Rolle. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wuchs im gleichen Zeitraum um 12 %. Italien war bereits 2004 die älteste Nation in der EU-27 und wird laut der 2004 Prognose von Eurostat diese Position voraussichtlich auch 2030 innehaben. Dennoch beläuft sich der für 2030 vorausgerechnete Gesamtunterstützungskoeffizient auf nur 64 %.

⁵ Die aus dem PPAS für die Kohorten 1958–1983 ermittelte, gewünschte Familiengröße wird hier mit der endgültigen Kinderzahl der Kohorte 1955 verglichen, weil zum Zeitpunkt der Erstellung des Ländervergleichs dieser Geburtsjahrgang der aktuellste war, für den paritätenspezifische Daten vorlagen. Die Autoren sind sich dabei bewusst, dass der Vergleich von Wünschen der einen Kohorte mit der Realität einer anderen nicht ideal ist, halten diesen und die daraus gezogenen Schlüsse aber für zulässig, solange der gewünschten und der realisierten Kinderzahl eine gewisse Trägheit unterstellt werden kann.

Am Beispiel Italiens zeigt sich, dass ein umfassendes Subsidiaritätsprinzip in Familienfragen weder die Erzielung einer höheren Fertilität, noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten kann.

2.2.4 Norwegen

Norwegen wird als universalistischer Wohlfahrtsstaat bezeichnet, in dem der Staat in Bezug auf Kinderbetreuung und soziale Leistungen als eine Art Familienersatz fungiert. Staatliche Maßnahmen sind dabei auf die Chancengleichheit der Geschlechter und der Kinder ausgerichtet. Ersteres wird auch dadurch realisiert, dass es weder ein Ehegatten- noch ein Familiensplitting gibt, sondern die Besteuerung strikt nach dem Individualprinzip erfolgt. Letzteres wird unter anderem dadurch gefördert, dass alle Kindergärten mindestens 41 Stunden pro Woche Betreuung anbieten müssen und nur gelernte Kindererzieher beschäftigen dürfen.

Das Land konnte seine Geburtenrate (TFR) zwischen 1983 und 1990 von 1,66 auf 1,93 erhöhen und dann in etwa auf diesem Niveau halten. Die verschobene Kohortenfertilität lag dabei stets höher und mit Werten um 2,02 in etwa auf Bestandserhaltungsniveau. Die tempostandardisierte TFR lag ebenfalls höher – mit Werten über 2,1 teilweise auf Bestandserhaltungsniveau –, zeigte aber zuletzt abnehmende Tendenz. Die regionalen Unterschiede waren 2007 mit höchsten 0,36 Kindern relativ niedrig verglichen mit den anderen hier betrachteten Ländern. Gleiches gilt für die Unterschiede nach dem Ausbildungsstand, die für die Kohorten 1950–1959 bei nur 0,3–0,4 Kindern je Frau lagen, wobei die Fertilität der hochqualifizierten Frauen einen permanenten leichten Anstieg aufweist. Eine ideale Kinderzahl wurde in Norwegen bislang nur als allgemeine Angabe erfragt, nicht bezogen auf die eigene Lebensplanung. Das mag dazu beitragen, dass die genannte Zahl zu hoch ausfällt, um den eigenen Kinderwunsch zu offenbaren; Frauen gaben zuletzt im Durchschnitt 2,6 Kinder als ideal an.

Die hohe Fertilität widerspiegelt sich auch im Bild der Kinderzahlen nach Paritäten, insbesondere in den geringen Anteilen von Frauen mit weniger als zwei Kindern. Allerdings ist ein Anstieg, wenngleich noch auf niedrigem Niveau, im Anteil der Mütter mit nur einem Kind zu beobachten (auf 15 %), während sich der Anteil der Kinderlosen bei rund 10 % hält. Für die Kohorten nach 1945 ist ein Rückgang in der Anzahl der Mütter mit vier und mehr Kindern auf 8 % aller Mütter zu beobachten, was unter dem Wert für Frankreich und Großbritannien liegt. Dafür ist der Anteil der Mütter mit drei Kindern trotz eines leichten Rückgangs bei rund 23 % immer noch sehr hoch. Der Anteil der Mütter mit zwei Kindern schwankte im Zeitablauf und lag zuletzt bei 44 % und damit ähnlich hoch wie für die 1945er Kohorte (Frejka und Sardon 2004).

Die Erwerbsorientierung norwegischer Frauen ist gemessen an der Beschäftigungsquote hoch. Sie liegt im Durchschnitt bei 72 % und unterscheidet sich – wie auch in Frankreich – für Kinderlose sowie Frauen mit einem oder zwei Kindern kaum, bewegt sich allerdings auf höherem Niveau (81–83 %). Dass selbst Mütter

mit drei Kindern noch zu 74 % berufstätig sind (UNECE 2009), deutet auf eine außergewöhnlich gute Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit – auch von Frauen – hin.⁶ Dem entspricht, dass die meisten Leistungen jenseits des Mutterschutzes von der vorangegangenen und später der laufenden Erwerbsbeteiligung der Frauen abhängig sind. Wie stark diese auf Änderungen der Rahmenbedingungen anspricht, lässt sich an den Folgen der Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 1998 beobachten. Generell zeigt sich, dass die Cash-for-Care Reform insbesondere von Frauen mit niedrigem Ausbildungsgrad angenommen wurde (Aasve und Lappegard 2008); die Aussagen zum Zeitpunkt des Wiedereinstiegs der Frauen in den Beruf sind hingegen nicht einheitlich.

Insgesamt kann die bevölkerungswirksame Politik in Norwegen als sehr erfolgreich angesehen werden. Die Bevölkerung nahm im Zeitraum 1970–2007 um 21 % zu; die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sogar um 28 %, was dem Land eine hohe Erste Demografische Dividende einbrachte. Für 2030 wird erwartet, dass die norwegische Bevölkerung gemessen am Durchschnittsalter genauso jung sein wird, wie die voraussichtlich dann jüngste Bevölkerung in der Europäischen Union, die irische (Eurostat 2004). Der gesamte Unterstützungskoeffizient soll 2030 bei lediglich 60 % liegen (der niedrigste Wert unter den untersuchten Ländern) und zudem, im deutlichen Unterschied zu den anderen hier angesprochenen Ländern, fast zu gleichen Teilen auf den Jugend- und den Altenquotienten entfallen.

Die norwegische Erfahrung hält für Deutschland zumindest drei Lehren bereit: Erstens, dass es möglich ist, die Fertilität *und* die Erwerbsbeteiligung von Frauen *aller* Bildungsgruppen zu erhöhen. Zweitens, dass ein Kinderbetreuungsgeld widersprüchliche Anreize setzt, so dass die Politik ihre Ziele genau kennen und im Auge behalten muss. Drittens, schließlich, dass die Verfolgung des Ziels der Chancengleichheit sowohl der Geschlechter als auch der Kinder unter Umständen die Fertilität wirksamer erhöht, als wenn man sich direkt ein Fertilitätsziel setzen würde.

2.2.5 Tschechische Republik

Eine Analyse der Geburtenentwicklung in Tschechien bietet die Möglichkeit, der Entwicklung im „Westen“ auch einmal eine andere Entwicklung im „Osten“ entgegenzusetzen, als immer nur die Erfahrung der DDR.

Tschechien war eines der ersten europäischen Länder mit einem rückläufigen Geburtenrend in der Nachkriegszeit. Dafür verlief die Geburtenentwicklung in den 1980ern bis zur Wende recht stabil und in Nähe des Bestanderhaltungsniveaus. Das Alter der Mütter bei Geburt des ersten oder eines Kindes veränderte sich bis Anfang der 1990er Jahre kaum, erhöhte sich dann aber rapide. Mit der Wende erfolgte ein ähnlicher, wenn auch nicht ganz so starker Einbruch in den Geburtenziffern, wie in den Neuen Bundesländern, auf 1,13 Kinder je Frau im Jahre 1999. Seither, und

⁶ Die 72 % beziehen sich dabei auf alle Frauen im Alter 15–64, die nachfolgenden Angaben auf Frauen im Alter 25–49 mit Kindern unter 16 Jahren.

insbesondere nach dem EU Beitritt des Landes 2004, stieg die TFR rasch auf 1,49 Kinder je Frau im Jahr 2008 an (Eurostat). Die regionalen Unterschiede waren 2007 mit höchstens 0,26 Kindern je Frau unter den betrachteten Ländern am niedrigsten. Die tempostandardisierte Geburtenziffer liegt weit höher, was mit dem starken Anstieg im Gebäralter zusammenhängt. Die verschobene Kohortenfertilität lag für die siebziger Jahre unterhalb, für die 80er nahe der TFR. Bemerkenswert ist, dass die Kohortenfertilität für die Jahrgänge 1958–1962 kaum Unterschiede nach dem Bildungsniveau aufwies: Mit 1,99 Kindern je Frau war sie für Frauen mit hohem Ausbildungsstand nur 0,13 niedriger als für Frauen mit niedrigem Ausbildungsstand. Die persönlich als ideal empfundene Kinderzahl lag derweil bei 1,97 bis 2,16, je nach Geschlecht und Befragung, also sehr nah an der tatsächlichen Fertilität (BIB 2005; Testa 2006).

Die Kinderzahlen nach Paritäten zeigen keine großen Unterschiede zwischen den 1945er und 1955er Kohorten. Der Anteil sowohl der Kinderlosen als auch der Mütter mit mehr als 4 Kindern liegt recht konstant bei 6 %. Der Anteil der Mütter mit drei Kindern oder mit nur einem Kind ist mit 19 % bzw. 14 % ähnlich hoch wie in Großbritannien; außergewöhnlich ist nur der sehr hohe Anteil von Müttern mit zwei Kindern; er lag zuletzt bei 55 %, Tendenz steigend (Frejka und Sardon 2004). Dazu mag beigetragen haben, dass vor 1990 erst ab dem zweiten Kind Elterngeld gezahlt wurde.

Die hohe Übereinstimmung der gewünschten mit der tatsächlichen Familiengröße zeigt sich im PPAS auch im Kinderwunsch nach Paritäten. Kinderlos sein wollten demnach 7 % der Frauen und 6 % der Männer. Frauen wünschten sich zu 15 % ein Kind, zu 58 % zwei Kinder und zu 20 % drei oder mehr Kinder. Männer wünschten sich öfter genau ein oder mehr als zwei Kinder als Frauen (20 % bzw. 24 %), dafür mit 50 % seltener genau zwei (BIB 2005). Die hohe Übereinstimmung von Wunsch und Realität ist gerade für Tschechien mit Vorsicht zu genießen: die hier zum Vergleich mit den in 2002 ermittelten Wünschen herangezogene endgültige Kinderzahl der Kohorte 1955 hat ihre Kinder noch vor den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umbrüchen bekommen. Ob es den Generationen danach auch noch gelingt, ihre Kinderwünsche so umzusetzen, ist angesichts des Einbruchs in der TFR nach 1990 zweifelhaft.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen lag 2006 bei durchschnittlich 57 % (OECD 2009b) und war um so niedriger, je mehr Kinder eine Frau hatte; von den Müttern mit drei und mehr Kindern arbeiteten nur noch rund 34 % (OECD 2007). Dazu trugen einerseits die geringen Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie deren steigende Kosten, und andererseits großzügige Elterngeldregelungen bei, die mit einer gewissen Abstufung bis zum 48. Lebensmonat eines Kindes bezogen werden können (MPSV 2009a). Insbesondere für weniger ausgebildete Frauen erweist sich ein Elterngeld, das weit über dem Mindestlohn liegt, als Anreiz, dem Arbeitsmarkt fern zu bleiben.

Die Bevölkerung stieg in dem heutigen Tschechien zwischen 1970 und 2007 insgesamt um 5 % an. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis 2030 um voraussichtlich 16 % schrumpfen (Eurostat). Alterung und Schrumpfung werden den gesamten Unterstützungskoeffizienten drastisch ansteigen lassen: von 40 im Jahr 2007 auf 65 im Jahr 2030.

Die Tschechische Erfahrung erlaubt mehrere Schlüsse, die für Deutschland interessant sein könnten. Erstens, tief verwurzelte Normen lassen sich selbst durch drastische Änderungen in den Rahmenbedingungen nicht rasch und nachhaltig ändern. In Tschechien mag das für die Familienverbundenheit gelten, in Italien wie auch in Teilen Deutschlands für das männliche Ernährermodell und die „Privatisierung“ der Kindererziehung. Zweitens, eine sehr schlechte Betreuungsinfrastruktur erlaubt selbst Müttern mit nur einem Kind keine hohe Erwerbsbeteiligung. Drittens, ein hohes Kinderbetreuungsgeld senkt den Anreiz zur Erwerbstätigkeit der Frauen.

2.2.6 Deutschland

Deutschland gehört nach Esping-Andersen (1990) zur Gruppe konservativen Wohlfahrtsstaaten; bei Gauthier (1996) wird seine Familienpolitik als protraditionalistisch beschrieben. Mit der Wiedervereinigung kamen in Bevölkerungsfragen zwei völlig unterschiedliche Kulturen zusammen.

Die Geburtenrate ist im weltweiten Vergleich sehr niedrig. Die TFR lag 1970 schon nur noch bei 2,02 Kindern je Frau, war bis 1973 bereits auf 1,54 gefallen, und lag in den folgenden Jahren im Durchschnitt bei rund 1,4. Nach der Wiedervereinigung brachen die Geburtenziffern in Ostdeutschland ein und erreichten mit 0,8 Kindern je Frau ihren Tiefstwert. Ab 1996 stieg die gesamtdeutsche TFR wieder an und betrug 2007 1,37 Kinder je Frau (Eurostat). Regional betrachtet war die TFR im Jahr 2007 in den Stadtstaaten und im Saarland am geringsten; der maximale Abstand zwischen den Regionen beläuft sich aber auf höchstens 0,16. Die TFR von Migrantinnen liegt je nach Herkunftsland über (Asien, Afrika, Türkei) oder unter (EU Länder) der TFR deutscher Frauen (Schmid und Kohls 2008). Die verschobene Kohortenfertilität lag bereits 1970 (für die Kohorte 1944) mit 1,78 weit unter den Werten in anderen Ländern, sank dann aber weniger stark als die TFR, auf 1,48 Kinder je Frau in 1994. Nach den neuesten Berechnungen des StBA brachte der Jahrgang 1958 durchschnittlich 1,7 Kinder zur Welt (StBA 2009).

Die niedrigen Geburtenziffern spiegeln sich in drei Besonderheiten des Geburtenverhaltens in Deutschland. Die erste betrifft die Kinderzahl nach Paritäten. Lediglich 19 % der Mütter hatten in den Kohorten nach 1950 drei Kinder und mehr; das ist weniger noch als in Italien und weit unter den Werten für die anderen untersuchten Länder; Frankreich, Großbritannien und Norwegen wiesen zuletzt rund 30 %, Tschechien rund 25 % und Italien rund 20 % auf. Dafür ist der Anteil der Mütter mit nur einem Kind mit ca. 25 % so hoch wie sonst nur in Italien noch, und der Anteil kinderloser Frauen ist in Deutschland (zusammen mit Großbritannien) am höchsten (StBA 2009). Die zweite Besonderheit betrifft die hohe Kinderlosigkeit hoch ausgebildeter Frauen im Westen Deutschlands. Nach der neuesten Auswertung des Mikrozensus liegt sie hier mit rund 26 % beinahe dreimal so hoch wie im Osten des Landes (StBA 2009). Vergleicht man die Rahmenbedingungen in den

beiden Teilen Deutschlands so ist die wirtschaftliche Situation in den alten Bundesländern mit Sicherheit insgesamt als besser zu bezeichnen, die Kinderbetreuungsinfrastruktur in den neuen Bundesländern hingegen als unvergleichlich großzügiger. Die dritte Besonderheit betrifft schließlich die geäußerten Kinderwünsche: Nicht nur die tatsächliche sondern auch die gewünschte Kinderzahl ist in Deutschland nach drei von vier Befragungen niedrig und in der betrachteten Ländergruppe mit Abstand am niedrigsten. Im Durchschnitt nennen Frauen 1,75 und Männer 1,59 als gewünschte Kinderzahl (Höhn et al. 2006). Nur noch Tschechien weist eine so hohe Übereinstimmung der gewünschten mit der tatsächlichen Kinderzahl auf – allerdings auf einem ganz anderen Niveau.

Für die 2003 in der PPAS ermittelte gewünschte Familiengröße gaben 15 % der Frauen und 23 % der Männer an, dass sie kinderlos sein möchten. Vergleicht man dies mit den 21 % kinderlosen Frauen in der Kohorten 1964–1968,⁷ so scheint die Kinderlosigkeit von Frauen teilweise ungewollt zu sein und eventuell am fehlenden Kinderwunsch des Partners oder am fehlenden Partner zu scheitern. Beinahe die Hälfte der Frauen gaben 2003 an, sich zwei Kinder zu wünschen, in der Kohorte 1964–1968 hatten dagegen bis 2008 nur 37 % der Frauen zwei Kinder. Männer wünschten sich zu 41 % zwei Kinder, deutlich seltener als Frauen. Sehr ähnlich sind dagegen die Anteile von Frauen und Männern, die sich genau ein Kind (18–19 %) oder drei und mehr Kinder (17 %) wünschen. Letzterer liegt auch erstaunlich nahe am Anteil der Frauen, die tatsächlich mindestens drei Kinder haben. Insgesamt ergibt sich also das Bild, dass für Frauen in Deutschland der Übergang zum ersten und vor allem zum zweiten Kind mehr Wunsch als Wirklichkeit ist.

Trotz der geringen Kinderzahl ist die Beschäftigungsquote von Frauen nur in der Gruppe kinderloser Frauen hoch; hier liegt sie mit 80 % dennoch unter dem Wert für Großbritannien (85 %) und Norwegen (82 %). Sobald Kinder da sind, sinkt die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf Werte vergleichbar mit Italien und Tschechien: 68 % (bei einem Kind), 58 % (bei zwei Kindern), 39 % (bei drei und mehr Kindern) (UNECE 2009).

Deutschland ist eines der wenigen Länder, das explizit über ein Familienministerium verfügt. Die Familienleistungen des Staates entsprachen 2005 in etwa 3 % des BIP (OECD 2009a). Sie bestehen überwiegend aus finanziellen Transfers, die mit dem Ziel verbunden sind, einen Familienlasten- und Familienleistungsausgleich zu gewährleisten. Staatliche Betreuungsangebote gelten vornehmlich Kindern über drei Jahren und sind in den alten Bundesländern überwiegend Halbtagsangebote.

Die Bevölkerung stieg zwischen 1970 und 2007 um 6 % an; das ist mit Tschechien der geringste Wert unter den hier untersuchten Ländern. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung lag 1970 bei 63 %, stieg bis 1987 auf 70 % an und wird bis 2030 voraussichtlich auf 60 % fallen (Eurostat). Der Altenquotient wird 2030 mit 46 ähnlich hoch liegen wie in Italien und Tschechien,

⁷ Frauen dieser Kohorten waren zum Datenerhebungszeitpunkt 40–44 Jahre alt. Da jedoch immer mehr Frauen in diesem Alter Kinder bekommen, können die Zahlen zur Fertilität dieser Kohorte nicht als endgültig angesehen werden.

der gesamte Unterstützungskoeffizient wird mit rund 67 ähnlich hoch wie in Frankreich sein.

2.3 Schlussfolgerungen

Ein Vergleich der Fertilitätsentwicklung und der sozioökonomischen Bedingungen, unter denen sie stattfindet, ist im Rahmen einer Literaturstudie nicht ganz einfach. Das liegt zum einen an der Datenlage: Nicht immer gibt es vergleichbare Daten, zu den gleichen Zeitspannen, den gleichen Kohorten, den gleichen Größen; erfreulicherweise verbessert sich die Datenlage laufend, was wiederum dazu führt, dass alle Aussagen vorläufiger Art sind und nicht auf Punkt und Komma sondern als grundsätzlich richtig angesehen werden müssen. Zum anderen liegt es daran, dass man keine vergleichenden ökonometrischen Studien zu der eigenen Länderauswahl findet, so dass die zusammengetragenen Aussagen unter Umständen aus Datensätzen unterschiedlicher Qualität stammen, sowie einem methodisch sehr unterschiedlichen Vorgehen entspringen; daher sind die kausalen Zusammenhänge nicht immer in der wünschenswerten Klarheit identifiziert (siehe dazu auch Kap. 3). Dennoch bieten Ländervergleiche ein (lehr-) reiches Anschauungsmaterial. Die Entwicklungen in den sechs von uns betrachteten Ländern legen folgende Schlussfolgerungen nahe.

1. Eine dauerhaft hohe Fertilität ist unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen möglich.
2. Unabhängig vom Ausbildungsstand scheint sich eine hohe Fertilität vor allem dann einzustellen, wenn Frauen nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft ermöglicht, sondern auch eine weitgehende Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft angestrebt wird.
3. Länder mit hoher Geburtenrate weisen einen hohen Anteil an Müttern mit drei und mehr Kindern auf; Länder mit niedriger Geburtenrate einen hohen Anteil an Müttern mit nur einem Kind.
4. Die Kinderlosigkeit steigt nicht generell an; von den sechs untersuchten Ländern ist das lediglich in Großbritannien und Deutschland der Fall.
5. Substanzielle Vergünstigungen, die erst ab dem zweiten oder dritten Kind greifen, erhöhen die Übergangsrate vom 1. zum 2. bzw. vom 2. zum 3. Kind.
6. Hohe Geldzuwendungen erhöhen insbesondere die Geburtenrate niedrig ausgebildeter Frauen und scheinen ihren Anreiz zur Erwerbstätigkeit zu senken.
7. Ein umfassendes Netz an staatlichen Betreuungsangeboten kann durch den Familienverbund nicht ersetzt werden.
8. Ein Mix aus Steuervergünstigungen, Geld- und Dienstleistungen scheint einer hohen Fertilität eher zuträglich, als einseitig ausgerichtete Programme.
9. Generell bezeichnen Frauen und Männer in den Befragungen eine weit höhere Kinderzahl als ideal (für sie persönlich oder die Gesellschaft), als sie selbst hatten, haben, oder haben werden. Das deutet zunächst eher auf eine falsch gestellte Frage oder auf eine sehr hohe Trägheit in den sozialen Normen, als auf

unpassende Rahmenbedingungen hin. In Deutschland ist die Übereinstimmung zwischen realisierter und durchschnittlich gewünschter Kinderzahl allerdings verblüffend hoch, was als Hinweis auf ein Sinken der Normvorstellung interpretiert werden kann. Paritätenspezifisch scheint insbesondere der Übergang aus der Kinderlosigkeit zum ersten Kind und vom ersten zum zweiten Kind in Italien und Deutschland schwer zu gelingen.

10. Soziale Normen, die das Geburtenverhalten beeinflussen, wirken lange nach. Das dürfte auch für die Kinderlosigkeit gelten, sobald sie eine allgemein akzeptierte Norm geworden ist.

Literatur

- Aasve A, Lappegard T (2008) Childcare cash benefits and fertility timing in Norway. *Eur J Popul*. doi:10.1007/s10680-008-9158-6
- Andreß H-J, Heien T (2001) Four worlds of welfare state attitudes? A comparison of Germany, Norway, and the United States. *Eur Sociol Rev* 17:337–356
- BIB (2005) The demographic future of Europe – facts, figures, policies. Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study (PPAS). Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg). Sowie http://www.bib-demographie.de/nn_752252/EN/Projects/DIALOG/PPASSurveys/ppassurveys__node.html?__nnn=true. Zugegriffen: 14. Aug 2010
- Billari FC (2006) Between policy-maker awareness and policy responses: lowest-low fertility in Italy. *Entre Nous* 63
- BMJ Health Intelligence (2007) Teenage pregnancy, incidence, prevalence and trends
- Breton D, Prioux F (2005) Two children or three? influence of family policy and sociodemographic factors. *Institut National d'Etudes Demographiques, Population*, 2005/4-60e année, S 415–445
- Del Boca D, Pasqua S, Pronzato C (2004) Employment and fertility decisions in Italy France and the UK. Centre for Household, Income, Labour and Demographic Economics 08/2004
- Dunnell K (2007) The changing demographic picture of the UK: National Statistician's annual article on the population. *Popul Trends* 130:9–21 (National Statistics)
- Esping-Andersen G (1990) *The three worlds of welfare capitalism*, Princeton University Press, Princeton
- Eurostat (2004) Verschiedene Statistiken
- Frejka T, Sardon J-P (2004) Childbearing trends and prospects in low-fertility countries. A cohort analysis. *European Studies of Population*, Bd 13. Kluwer Academic Publishers, Dordrecht
- Gauthier AH (1996) *The state and the family: a comparative analysis of family policies in industrialized countries*. Clarendon Press, Oxford
- Héran F, Pison G (2007) Two children per women in France in 2006: are immigrants to blame? *Popul Soc* 432 (Institut National d'Etudes Demographiques)
- Höhn C, Ette A, Ruckdeschel K (2006) *Kinderwünsche in Deutschland. Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik*, Robert-Bosch-Stiftung (Hrsg)
- Kertzner DI, White MJ, Bernardi L, Gabrielli G (2009) Italy's path to very low fertility: the adequacy of economic and second demographic transition theories. *Eur J Popul* 25:89–116
- Köppen K, Mazuy M, Toulemon L (2007) Kinderlosigkeit in Frankreich. In: Konietzka D, Kreyenfeld M (Hrsg) *Ein Leben ohne Kinder, Kinderlosigkeit in Deutschland*. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Letablier M Th (2003) Fertility and family policies in France. *J Popul Soc Secur (Popul)* 1(Suppl):245–261

- Ministry of Labour and Social Affairs of the Czech Republic (MPSV) (2009a) Rodičovský příspěvek (Elterngeld). http://portal.mpsv.cz/soc/ssp/obcane/rodicovsky_prisp. Zugegriffen: Sept 2009
- OECD (2007) Babies and bosses – reconciling work and family life: a synthesis of findings for OECD countries. *Social Issues/Migration/Health* 20:1–217 (Source OECD)
- OECD (2009a) OECD Family Database: Public spending on family benefits, OECD – Social Policy Division – Directorate of Employment, Labour and Social Affairs
- OECD (2009b) OECD Factbook 2009: Economic, environmental and social statistics, OECD Publishing, Paris
- Ratcliff A, Smith S (2006) Fertility and women's education in the UK: a cohort analysis, CMPO working paper series 07/165
- Schmid S, Kohls M (2008) Reproductive behaviour of female immigrants in Germany, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Nürnberg
- Schröder C (2005) Familienpolitik und Familienentwicklung in Italien – unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungskonsequenzen für Frauen, Universität Rostock, Institut für Soziologie
- StBA (2009) Mikrozensus 2008: Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland. Statistisches Bundesamt 2009, Wiesbaden
- Steidle H (2007) Aktuelle familienpolitische Entwicklungen in Europa am Beispiel der familienunterstützenden Leistungen (FuD). Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
- Testa MR (2006) Childbearing preferences and family issues in Europe, Special Eurobarometer 253, Wave 65.1. <http://193.170.80.15/vid/download/ReportESEMPLAgeingandFertility20061027.pdf>. Zugegriffen: 11. Aug 2010
- Toulemon L (2001) Combien d'enfants, combien de frères et soeurs depuis cent ans?, Bulletin Mensuel d'Information de l'Institut National d'Etudes Démographiques, Population & Sociétés, Numéro 374
- Toulemon L, Pailhé A, Rossier C (2008) France: high and stable fertility. *Demogr Res* 19:503–556. doi:10.4054/DemRes.2008.19.16
- UN Economic Commission for Europe (UNECE) (2000) Fertility and family surveys in countries of the ECE region: Standard country report Italy. United Nations, New York and Geneva
- UN Economic Commission for Europe (UNECE) (2009) Table: Employment rate by number of children under 16, sex, country and year. http://w3.unece.org/pxweb/Dialog/varval.asp?ma=010_GEW_EmpRatByNumChil_r&ti=Employment+Rate+by+Number+of+Children+Under+16%2C+Sex%2C+Country+and+Year&path=../DATABASE/Stat/30-GE/03-WorkAndeconomy/&lang=1. Zugegriffen: Mai 2009
- Vienna Institute of Demography (VID) (2008) European Demographic Data Sheet 2008. Vienna Institute of Demography, IIASA and PRB
- World Values Survey (WVS) (2009a) The values survey 1981–2004, Online data analysis, France. <http://www.worldvaluessurvey.org/>. Zugegriffen: Juni 2009
- World Values Survey (WVS) (2009b) The values survey 1981–2004, Online data analysis, Great Britain. <http://www.worldvaluessurvey.org/>. Zugegriffen: Juni 2009

Wohlstand ohne Kinder?

Sozioökonomische Rahmenbedingungen und
Geburtenentwicklung im internationalen Vergleich

Tivig, T.; Henseke, G.; Czechl, M.

2011, X, 184 S. 68 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-642-14982-5